

„Schluss mit dem Unfug des Zwei-Klassen-Systems bei der Rente“

Sozialexperte Borchert: Auch Beamte müssen einzahlen – Warnung vor „doppelter Kinderarmut“

Von Alexander R. Wenisch

Heidelberg. Jürgen Borchert, ehemaliger Sozialrichter aus Heidelberg und unermüdlicher Kämpfer für eine solidarische Gesellschaft, zur Debatte um Rente und Armut.

> Herr Borchert, Ministerin Nahles hält die gesetzliche Rente für wetterfester als die private. Stimmen Sie Ihr da zu?

Ja, solange man die gesetzliche Rente als Ausdruck der Volkssolidarität versteht, dass nämlich die Jungen die Alten im Einklang mit ihrer eigenen Lebenshaltung versorgen. Das ist keine wirtschaftliche, sondern eine ethische Frage. Das Problem ist nur, dass mit der dem System politisch seit Jahrzehnten übergestülpten Versicherungsterminologie völlig falsche Vorstellungen geweckt wurden.

> Bitte erklären Sie das.

Das Rentensystem ist eben keine klassische „Versicherung“. Man geht zwar davon aus, dass steigende Beiträge steigende Renten zur Folge haben müssten. Wenn die Leute in den kommenden Jahren erleben, dass die Rentenleistungen trotz steigender Beiträge auf breiter Front das Grundsicherungs-niveau unterschreiten, werden sie sich betrogen fühlen – und das wird extrem gefährlich für das politische System. Denn aus den 1920er und 30er Jahren wissen wir: „Wenn die Rente wackelt, rast der Mob!“

> Seehofer hält Riester für gescheitert. War das abzusehen?

In meinem Sachbuch von 1993 „Renten vor dem Absturz“ kann man nachlesen, warum bisher noch jeder Versuch gescheitert ist und scheitern muss, Lebenssicherheit durch Kapitalmarktrenditen zu generieren. Mich wundert bei dem Thema immer, wie leicht sich die Öffentlichkeit hinters Licht führen lässt. Nirgendwo wird darüber gesprochen, dass die eigentliche

Funktion des „Riesterns“ war, von den massiven Rentenkürzungen abzulenken, die damals ins Werk gesetzt wurde.

> Woran machen Sie das fest?

In den 90er Jahren waren die Rentenbeiträge auf über 20 Prozent gestiegen und mit ihnen der Bundeszuschuss. Die Zahlungen stiegen innerhalb kurzer Zeit auf fast 40 Prozent und schnürten den Bundeshaushalt ein. Durch die Reform wurde diese Entwicklung gebremst – seitdem spart der Finanzminister jedes Jahr einen zweistelligen Milliardenbetrag. Wenn man bedenkt, dass die ganze Ries-



Ein Leben lang gearbeitet und im Alter bleiben nur ein paar „Groschen“: Die Politik debattiert, wie das Rentensystem zukunftsfest reformiert werden kann. Foto: dpa

terförderung seit 2002 vielleicht insgesamt 15 Milliarden Euro gekostet hat, ist das für den Bund ein gutes Geschäft.

> Woran krankt das System?

An seiner Intransparenz. Was gerne vergessen wird: Als die Rentenversicherung 1957 eingeführt wurde, wurde den damaligen Rentnern – ohne jede vorherige Beitragsleistung – von einem Tag zum andern das Sterntaler-märchen wahr gemacht: Lohn ersetzende und Lebensstandard sichernde Renten! Aber: Unsere Beiträge dienen nur der Versorgung der El-

terngeneration. Die einzige wirksame Vorsorge für uns selbst ist die Erziehung und Ausbildung der Kindergeneration, die einmal unsere Renten zahlen werden.

> Wie groß ist die Gefahr, dass ich von der Versicherung, in die ich einzahle, später gar nicht entsprechend profitiere?

Das zentrale Problem der künftigen Altersversorgung ist die verheerende doppelte Kinderarmut. Die Halbierung der Geburtenzahl einerseits und andererseits die Versechzehnfachung des Anteils der Kinder, die Sozialleistungen beziehen – samt den daraus resultierenden katastrophalen Folgen für ihre Bildungsfähigkeit. Das Rentensystem funktioniert nur als Drei-Generationen-Vertrag, bei dem es entscheidend auf die dritte, die Kindergeneration ankommt.

> In der Debatte sind nun: höherer Rentenbezug, höhere Beiträge, mehr Steuersubventionierung und die so genannte Deutschland-Rente. Welches wäre Ihr Ansatz zur Lösung?

Alles Kosmetik gegen Krebs. Was wir jetzt erleben, ist das Resultat einer Politik, die seit Jahrzehnten gegen Familien- und Kinderinteressen betrieben wurde. Wer in Zukunft sichere Renten haben will, muss anfangen, diese Fehler zu korrigieren und alle verfügbaren Ressourcen in Kinder und ihre Ausbildung investieren. Zweitens müssen wir Schluss mit dem Unfug des Zwei-Klassen-Systems machen, dass nämlich Abgeordnete, Beamte und Richter sich eine im Vergleich zu den restlichen 90 Prozent der Bevölkerung üppige Altersversorgung genehmigen. Also: alle ausnahmslos rein in ein System, dieses steuerähnlich finanzieren und durch Mindest- und Maximalrenten für eine solidarische Umverteilung von Lasten und Leistungen von oben nach unten sorgen. Eine solche Verteilungsgerechtigkeit wäre ohne Weiteres kostenneutral herstellen.